



Nicht zu glauben, aber wahr

In der Krise zeigte sich, dass die Bundesregierung nicht auf Sars CoV vorbereitet war. Dabei lag ihr bereits im Jahr 2012 eine Risikoanalyse vor, die das Pandemie-Risiko beschreibt. Doch ein Risikomanagement blieb aus – mit verheerenden Folgen.

Herbert Schnauber

Die gegenwärtige Corona-Krise hat für jeden Einzelnen in unterschiedlicher Ausprägung gravierende Einschnitte im täglichen Leben zur Folge. Ausgangsbeschränkungen, Kontaktverbote, Abstandsregelungen, Urlaubsstornierungen in ungeahnter Höhe, Homeoffice, Kinderbetreuung, Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit, von den gesellschaftlichen und Freizeit-Aktivitäten ganz abgesehen. Daneben dürfte der wirtschaftliche Schaden der Pandemie national und international von gewaltiger Höhe sein.

Ist dies alles so ungeahnt auf uns zugekommen? War man darauf wirklich so unerwartet vorbereitet, wie sich dies gezeigt hat? Sind internationale Lieferbe-

ziehungen wirklich das Allheilmittel?

In vielen Fällen war es dies auch in der Vergangenheit nicht, es sei denn für einige Wenige, die kräftig daran verdient haben. Immer wieder ergaben sich auch früher schon Erkenntnisse dafür, dass die Abhängigkeit von internationalen Beziehungen zu Engpässen bei stark nachgefragten Produkten führen kann. Schuld daran sind oft übertriebene Gewinnvorstellungen.

Die derzeitige Krise zeigt uns nur allzu deutlich, dass internationale Abhängigkeiten in Krisenzeiten zu Liefer-schwierigkeiten führen. Man erkennt, dass die Produktion lebenswichtiger Waren (z.B. Arzneimittel) im eigenen Lande behalten werden sollte. Dies muss

auch dann und nachhaltig gelten, wenn dabei die Gewinne z.B. der Pharmaindustrie geringer als gewünscht ausfallen, da die Herstellung bestimmter Produkte nicht mehr in Billiglohn-Ländern erfolgt.

Auch die Krankenkassen sind gefordert, ihr oft nur zu deutlich zutage tretendes Gebaren des Preisdrückens zu überdenken. Dies alles mag ja noch in irgendeiner Art und Weise verständlich, wenn auch nicht gutzuheißen sein.

Ergebnis einer Risikoanalyse lag vor

Nicht zu glauben, aber wahr ist vielmehr, dass bereits im Jahre 2012 in der Bundestags-Drucksache 17/12051 als Ergebnis der Risikoanalyse „Pandemie durch Virus Modi-Sars“ die folgenden Aussagen



gemacht wurden. Das Szenario beschreibt eine von Asien ausgehende, weltweite Verbreitung eines hypothetischen neuen Virus.

„Die Vergangenheit hat gezeigt, dass Erreger mit neuartigen Eigenschaften, die ein schwerwiegendes Seuchenergebnis auslösen, plötzlich auftreten. ... Das hypothetische Modi-Sars-Virus ist mit dem natürlichen Sars-CoV in fast allen Eigenschaften identisch. Die Inkubationszeit ... beträgt meist drei bis fünf Tage, kann sich aber in einem Zeitraum von zwei bis 14 Tagen bewegen. Fast alle Infizierten erkranken auch. Die Symptome sind Fieber und trockener Husten, die Mehrzahl der Patienten hat Atemnot, in Röntgenaufnahmen sichtbare Veränderungen in der Lunge. ... Die Letalität ist mit 10% der Erkrankten hoch. ... Behandlungsbedarf von bis zu 60 Tagen wurde für das Sars-CoV beschrieben.“

Im weiteren Verlauf der o.g. Bundestagsdrucksache heißt es: „Die Übertragung erfolgt hauptsächlich über Tröpfcheninfektion, da das Virus aber auf unbelebten Oberflächen einige Tage infektiös bleiben kann, ist auch eine Schmierinfektion möglich. ... Zur Behandlung stehen keine Medikamente

zur Verfügung, so dass nur symptomatisch behandelt werden kann. Ein Impfstoff steht ebenfalls für die ersten drei Jahre nicht zur Verfügung. Neben Einhaltung von Hygienemaßnahmen können Schutzmaßnahmen im Sinne also ausschließlich durch Absonderung Erkrankter bzw. Ansteckungsverdächtiger, sowie den Einsatz von Schutzausrüstungen wie Schutzmasken, Schutzbrillen und Handschuhen getroffen werden“.

Auf den Ernstfall war man nicht vorbereitet

Den hypothetischen Annahmen der Bundestagsdrucksache folgte der Ernstfall, ohne dass man generell und materiell darauf vorbereitet gewesen wäre. Interessant in diesem Zusammenhang ist, dass man nach 1990 binnen eines Jahrzehnt 200 Notfallhospitäler, hunderte Lager mit Medikamenten und Schutzausrüstungen aufgelöst hat. Das Material wurde in Krisengebiete verschenkt, das Bundesamt für Zivilschutz gab es fortan nicht mehr.

Bis heute gibt es einen Mangel an Beständen für Material und Personal und an Kapazitäten im Bereich der Krankenhäuser. Nicht zu begreifen ist zudem,

dass der damalige Innenminister Thomas de Maizière noch 2016 Kritik und Hohn erntete, als er ein neues Zivilschutzgesetz vorstellte, in dem es u.a. auch um Seuchen ging.

Es kam, wie es kommen musste. Nunmehr beklagt die Präsidentin des Deutschen Roten Kreuzes, Gerda Hasselfeldt, dass es in der Corona-Krise viel zu wenig Schutzausrüstungen für Pflegekräfte in den Krankenhäusern und Pflegeheimen, in der ambulanten Pflege und beim Rettungsdienst gibt.

Auch wenn in Deutschland die Corona-Krise aufgrund unseres weltweit anerkannten guten Gesundheitssystems wahrscheinlich glimpflicher als in vielen anderen Staaten verläuft, so darf dies nicht die Augen davor verschließen, dass zur Abwehr von Covid 19 alles erdenklich Sinnvolle getan werden muss. Und in Anbetracht der exorbitanten Gesamtkosten der Krise sowie der negativen gesellschaftlichen Auswirkungen darf es keinen Grund dafür geben, Mehraufwendungen für erforderliche Vorkehrungen und Schutzmaßnahmen nicht aufzubringen.

Es werden Kosten sein, die im Eintrittsfall einer Pandemie marginal sind gegenüber den Kosten, die dann entstehen, wenn wir die Vorsorge unterlassen.

Fehler kein zweites Mal machen

Lehren zu ziehen aus Fehlern, ist nicht zuletzt eine Prämisse des Qualitätswesens. Fehler lassen sich oft nicht vermeiden, ein zweites Mal sollten sie aber nicht wieder auftreten.

Im Falle der derzeitigen Corona-Krise muss allerdings in Anbetracht der Vorgeschichte auch von Fahrlässigkeit gesprochen werden. Das Geschehen hätte zwar nicht verhindert werden können, sicherlich jedoch zum größten Teil die damit verbundenen Versorgungsprobleme an Schutzausrüstungen und personellen Kapazitäten.

Und – was im vorliegenden Falle besonders eklatant zu Tage tritt, ist die Tatsache, dass 2012 in der erwähnten Bundestags-Drucksache die Auftretenswahrscheinlichkeit vorweggenommen, aber die damit verbundenen Maßnahmen dennoch unterlassen wurden. Nicht zu glauben, aber wahr! ■